



KAIROS Europa Deutschland e.V.

RUNDBRIEF

für Mitglieder & FreundInnen

Dezember 2023

Im Blickpunkt: Die ökumenische „Zachäus-Kampagne“ für soziale und ökologische Steuergerechtigkeit

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in Zeiten messianischer Dürren. Die Reichen feiern ihren zynischen imperialen Lebensstil auf Kosten der Armen und der Schöpfung. Die Bilder der Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine sind kaum zu ertragen. Und über allem wölbt sich drohend die Klimakrise und das Unvermögen der Weltgemeinschaft umzusteuern. Gleichzeitig gewinnen antidemokratische und autoritäre Positionen immer mehr Rückhalt und Zuspruch. Nach dem Wahlsieg des Islamhassers und Rechtsradikalen Wilders in den Niederlanden schrieb der Schriftsteller Arnon Grünberg in einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung vom 29. November 2023: *„Eine große Minderheit oder kleine Mehrheit der niederländischen Wählerschaft findet progressive Ideale, um es populistisch auszudrücken, zum Kotzen. Nachdem man sich von der Kirche befreit hat, will man sich von der weltlichen Variante des Christentums befreien, dem Humanismus.“*

Es gab einmal humanistische und christliche Würdetraditionen, auf die man sich berufen konnte und vor der die Würdelosigkeit, die Ungerechtigkeit und das Vergessen es nicht ganz leicht hatten. Man konnte gegen diesen Kanon verstoßen, aber immerhin gab es ihn.

Die letzte große Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung hat wie ein Schock gewirkt. Religion erodiert in rapider Geschwindigkeit, und beide große Kirchen scheinen

INHALTSVERZEICHNIS

▲ Im Blickpunkt: Die Zachäus-Kampagne	
- Ein Lob der Steuer – Steuern als Preis der Zivilisierung der Gesellschaft	2
- Der Zachäus-Appell	7
- Kairos-Europa-Publikationen zur Kampagne	9
▲ Aus dem Verein	
- Neue Vorstandsmitglieder	9
▲ Aus der laufenden Arbeit	
- Aufruf an die ÖRK-Vollversammlung	10
▲ Aus der Ökumene	
- Churches for Future? Kirchliche Dokumente zur Klimakatastrophe: „Laudate Deum“, „Laudato si“ und „Der lebendige Planet“	14
▲ Impressum	16

an einem „Kipppunkt“ angelangt zu sein, der schon in den nächsten Jahren zu „disruptiven Abbrüchen“ führen könne.

Wir erleben im Augenblick aber nicht nur eine tiefe Erschütterung der Kirchen, sondern zwei große Lesarten der Welt brechen ab: das kirchliche Christentum und ein progressiver Humanismus. Zu diesem schwindenden Humanismus zählen sozialistische Orientierung, aber auch die verbindliche Ausrichtung an Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung, wie die bekannte Trias des Konziliaren Prozesses lautet. „Es hat sich etwas verschoben“ konstatiert der Soziologe Wilhelm Heitmeyer, der sich jahrzehntelang mit autoritären Einstellungen und Rechtsextremismus beschäftigt hat, denn: „Die Radikalität besteht

vor allem in der Kommunikation und Mobilisierung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen bestimmte markierte Bevölkerungsgruppen. Diese Bestandteile sind attraktiv, daran muss man Wahlergebnisse interpretieren.“ Das Milieu leidet kaum unter sozialer Not. Es hat eine glatte Fassade, aber dahinter existiert ein Jargon der Verachtung. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich der Neoliberalismus entsichert, zugleich wurde der Sozialstaat demontiert und jetzt erleben wir, wie die Ärmsten in der Haushaltskrise attackiert werden.

Die Kirchenkrise und die Krise des Humanismus hängen offensichtlich zusammen.

Wir Christinnen und Christen haben Visionen und Lieder, die eine Welt besingen, wie sie sein und werden soll. Die Blinden werden sehen, Lamm und Löwe weiden friedlich beieinander und Lahme werden springen wie ein Hirsch, und die Zunge der Stummen wird gelöst (Jes 35). Das Recht wird fließen wie Wasser (Am 5,24). Was aber, wenn diese Lesarten der Welt bedeutungslos zu werden drohen? Was wird, wenn die Geschichten der Bibel und die prophetischen Visionen nicht mehr zu hören sind?

Das zeigt: Um der Menschen und besonders der Beleidigten, Erniedrigten, Geknechteten und verächtlich Gemachten wird Kairos Europa gebraucht. Kairos Europa ist eine ökumenische Plattform im Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Kairos Europa macht prophetische Stimmen aus der weltweiten Ökumene in Deutschland bekannt und ruft zu einer Kultur des Lebens und einer radikalen Umkehr im Angesicht der vielfältigen Krisen auf. Wir bleiben dran.

So wünscht Ihnen Kairos Europa ein gesegnetes befreiendes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2024
Martin Gück & Franz Segbers



Die Zachäus-Kampagne: Ein Lob der Steuern – Steuern als Preis der Zivilisierung der Gesellschaft

Von Franz Segbers

Im Herbst 2021 ist die Schweizer Volksabstimmungs-Initiative „Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern“, kurz „99%-Initiative“ genannt, krachend gescheitert. Da eine kleine Minderheit von lediglich einem Prozent der Schweizer Bevölkerung über rund 42 Prozent des gesamten Vermögens in der Schweiz verfügt, sollte zugunsten der 99 Prozent mehr Verteilungsgerechtigkeit geschaffen werden. Fast zwei Drittel der Wähler*innen stimmten gegen dieses Begehren. Das wuchtige Nein der Mehrheit ruft auf, ein Lob der Steuer anzustimmen.

Steuern als Spiegelbild für gesellschaftliche Konflikte

In Steuerfragen spiegeln sich Konflikte um gesellschaftliche Interessen. Steuern sind hochpolitisch. Die Frage nach den Steuern ist nicht bloß eine technische, sondern eine eminent politische und ethische Frage. Denn an ihnen zeigt sich, welche Interessen sich durchsetzen können. Für „gerechte Steuern“ ist jedermann. Wann aber sind Steuern, wann ist welche Steuerart und in welcher Höhe gerecht oder ungerecht? Was heißt Gerechtigkeit bei Steuern?

Es gibt viele Arten von Gerechtigkeit und auch viele Definitionen. Es gibt mindestens fünf Gerechtigkeitsgrundsätze, die vermutlich sehr allgemein geteilt werden. Diese sind die demokratische Gleichheit, zweitens die soziale Gleichheit, dann die Chancengleichheit, viertens die Leistungsgerechtigkeit und nicht zuletzt die Verteilungsgerechtigkeit. Doch welche man auch zugrunde legt, immer geht es letztlich um die Frage: Wer schuldet wem was und warum? Was schulden die reichen Mitglieder einer Gesellschaft den Ärmern? Was schulden die, die leistungsfähig sind, den Kranken und Alten? Was schulden wir einander, damit jeder Chancen hat und niemand ausgeschlossen ist? Für Steuern lautet diese Grundfrage der Gerechtigkeit deshalb:

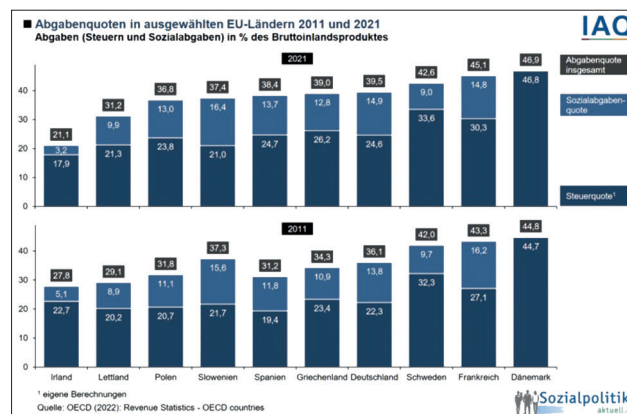
- ▲ **Wer** soll
- ▲ **wie viel** und
- ▲ **für wen**
- ▲ **welche Steuern** zahlen?

Darum wird in der Steuerpolitik gestritten, denn hinter dem Wer, dem Wieviel und der Steuerart stecken

gesellschaftliche Interessen. In der Steuerpolitik wird ausgehandelt, welche Aufgaben der Staat hat. Was soll durch den Staat von allen für alle zugänglich gemacht werden? Ob es in einer Gesellschaft viele Arme und viele Reiche oder wenige Arme und wenige Reiche gibt, wird politisch maßgeblich durch Steuerpolitik entschieden. Steuerpolitik ist der Schlüssel, der dafür sorgt, ob die Menschen viel oder wenig beim Recht auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Arbeit haben. Ausschlaggebend ist dabei der Charakter der jeweiligen Steuer: Proportional ist er, wenn der Steuersatz für alle gleich ist; progressiv ist er, wenn für Reichere ein höherer Steuersatz vorgesehen ist als für Ärmere, und regressiv ist er, wenn der Steuersatz für die Reichen und Vermögenden sinkt. Da der Staat allein durch Steuern und Abgaben jene Mittel erzielen kann, die er für das Gemeinwesen benötigt, gilt der Grundsatz: Die Höhe der Staatsausgaben hat sich an zu finanzierenden Aufgaben auszurichten. Doch welche Aufgaben sind es? Was soll der Staat finanzieren? Wie hoch sollte der Beitrag des Steuerbürgers sein?

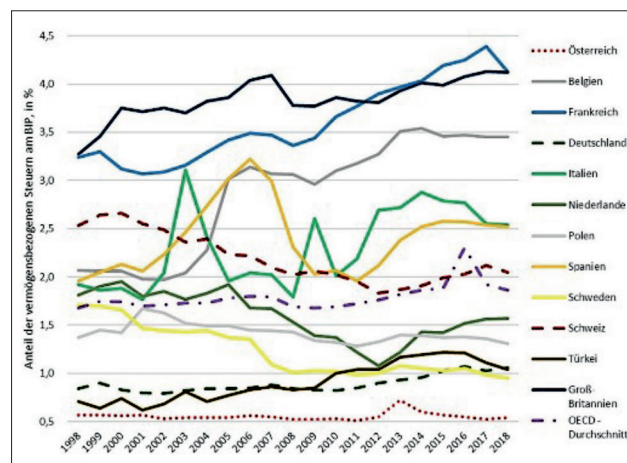
Für die Beantwortung dieser Fragen kann der Gerechtigkeitsgrundsatz des Rechtsphilosophen John Rawls hilfreich sein, der lautet: Ungleichheiten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen. Zu fragen wäre deshalb: Welche Ungleichheit bei Steuern ist für die am wenigsten Begünstigten von Vorteil? Steuerpolitisch gewendet heißt dies: Zum einem ist ein Steuersatz gerechtfertigt, der niedrige und mittlere Einkommen entlastet und höhere Einkommen stärker belastet; zum anderen ist es gerechtfertigt, die Reichen in höherem Maße heranzuziehen, wenn die Gesellschaft und besonders die weniger Begünstigten durch diese ungleich höhere Steuerbelastung der Reichen einen Vorteil haben.

Was aber bedeutet diese Gerechtigkeitsregel für die Höhe der Steuern? Die französischen Ökonomen Emmanuel Saez und Gabriel Zucman wenden den Rawls'schen Gerechtigkeitsgrundsatz an und plädieren für eine progressive Einkommensteuer, die von einer Körperschaftsteuer und einer progressiven Vermögensteuer flankiert sein muss. Dabei gilt der Leitsatz für einen Grenzsteuersatz: „Der optimale Steuersatz für die Reichen ist schlicht der, der die maximalen Einnahmen generiert.“ Empirische Studien zeigen, dass die größtmöglichen Einnahmen von den Reichen bei einem Steuersatz von etwa 75 Prozent generiert werden. Thomas Piketty sieht das ideale Niveau der Einkommensteuer bei 80 Prozent (2013:692). Nur so könne die dem Kapitalismus innewohnende Dynamik



zu wachsender Ungleichheit, die eine Bedrohung der Demokratie darstellt, gebremst werden. Von einem solchen Steuersatz sind wir weit entfernt.

In der Debatte über den Haushalt beklagte der deutsche Finanzminister Lindner die zu hohen Ausgabenwünsche seiner Ressortkollegen. Er behauptet, Deutschland sei ein Hochsteuerland und sagte: „Im Hochsteuerland Deutschland müssen wir die Ingenieurin und den Facharbeiter entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit unserer mittelständischen Wirtschaft in den Blick nehmen und Betrieben Luft für Zukunftsinvestitionen lassen.“ Das allerdings ist ein Mythos: Deutschland ist keineswegs ein Hochsteuerland, sondern die Abgaben- und Steuerlast befindet sich im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Und der Anteil der vermögensbezogenen Steuern liegt erheblich unter dem OECD-Durchschnitt. Doch Recht hat Lindner, wenn er sagt, dass die Ingenieurin und der Facharbeiter entlastet werden sollten, denn Arbeit wird höher besteuert als Kapital oder Vermögen. Armut, Reichtum und soziale Ungleichheit sind kein Naturereignis, sondern lassen sich beseitigen – vor allem mit einer progressiveren Besteuerung höherer Einkommen, von Vermögen und Erbschaften, um damit mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur vornehmen zu können.



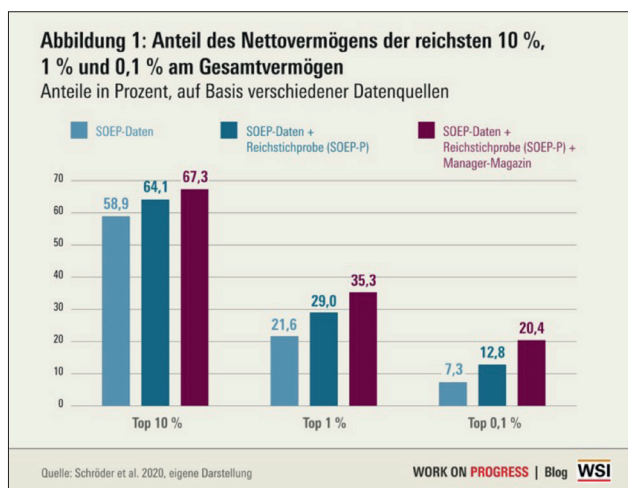
Vermögensbezogene Steuern (Quelle: Global Revenue Statistics Database)

Steuern erfüllen eine dreifache Funktion:

- ▲ Sie korrigieren eine ungerechte Einkommensverteilung: Sie schaffen Gerechtigkeit
- ▲ Sie finanzieren staatliche Aufgaben wie Verkehrswege, Schulen, Sozialleistungen, Krankenhäuser etc.: Sie gewährleisten soziale Rechte
- ▲ Sie lenken die Wirtschaft, um politisch gewünschte Ziele zu erreichen wie etwa die sozial-ökologische Transformation von Gesellschaft: Sie sind ein Instrument zur Schaffung von Nachhaltigkeit.

Abschied von der Gesellschaft der Gleichen

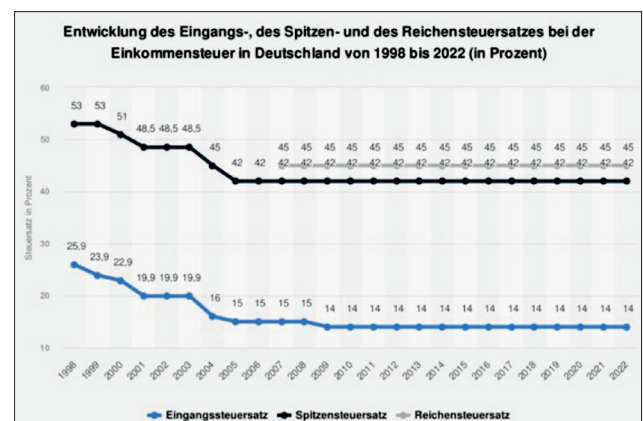
Wir haben eine Welt verloren. Es ist heute kaum mehr vorstellbar, dass die USA einmal ein Land waren, wo vom Ende der 30er bis in die 70er Jahre die soziale Ungleichheit radikal abnahm. Die USA hatten die „konfiskatorischen“ Steuern für die Reichen erfunden. Hohe Steuern wurden nicht als Zumutung empfunden, sondern waren akzeptiert zur Finanzierung staatlicher Aufgaben und besonders auch des Sozialstaats. Unter dem Slogan „soak the rich“ (dt. „melkt die Reichen“) wurde im New Deal unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt nach 1935 eine Steuerpolitik betrieben, die dazu führte, dass die Anzahl der Superreichen auf einige wenige Familien geschrumpft war.



Nach 1945 gab es in den USA und Großbritannien ein „Golden Age“, in Frankreich die „Les trentes glorieuses“, und Deutschland wurde zum „Wirtschaftswunder“. Der Sozialstaat wurde auf- und ausgebaut. Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit oder gar Armut schienen besiegt zu sein. Nicht zuletzt dank einer Steuerpolitik, die dafür sorgte, dass der gesellschaftliche Reichtum möglichst vielen Bürgern zugutekommen

konnte. So erreichten die Einkommensteuern nach den Weltkriegen mit quasi konfiskatorischen Spitzensteuersätzen von bis zu 95 Prozent und hohen Erbschaftssteuern im Bereich von 60 bis 80 Prozent in Deutschland und den USA ein beispielloses Niveau. Während Steuern heutzutage in erster Linie als Einnahmequellen verstanden werden, wurden unter Präsident Roosevelt in den USA (1933–1945) und dem Finanzminister und Vizekanzler der Weimarer Republik Matthias Erzberger (1919–1920), Steuern immer auch als Instrument gesehen, gesellschaftliche Gleichheit herzustellen.

Diese Zeiten sind vorüber. Die Machteliten hatten in den USA den New Deal und einen regulierten Kapitalismus in der sozialen Marktwirtschaft mit hohen Steuern nie akzeptiert. Mit Margret Thatcher in Großbritannien, Ronald Reagan in den USA in den 80er Jahren und schließlich mit den Bundeskanzlern Kohl und Schröder setzte sich mit dem Neoliberalismus die Gegenbewegung durch. US-Präsident Reagan nannte im Jahr 1985 Steuergesetze einen „täglichen Raubüberfall“. Seitdem sind nicht nur die USA zu einer Plutokratie geworden, zu einem Land, in dem die Milliardäre die Herrschaft übernommen haben und die Ungerechtigkeit Triumphe feiern kann.



Quelle: BMF © Statista 2023

In Deutschland lag der Spitzensteuersatz bis in die 1980er Jahre hinein bei 56 Prozent; derzeit beträgt er 42 Prozent, die Vermögensteuer wurde ausgesetzt und die Erbschaftsteuer zu einer Bagatelsteuer. Währenddessen steigt die Armut der Vielen und der Reichtum der Wenigen. Die steuerpolitische Privilegierung der Vermögenden war ein entscheidender Faktor, der dazu führte, dass die oberen zehn Prozent der Gesellschaft fast 64 Prozent des Nettovermögens besitzen und die ärmere Hälfte fast kein Vermögen besitzt. Jahr für Jahr profitieren die Wohlhabenden von einer Steuerprivilegierung in der Höhe von ca. 80 Mrd. Euro.



Quelle: Oxfam 2017

Der gesellschaftlich produzierte Reichtum wird privat angehäuft, statt für Schulen, Bildung, Pflege, Gesundheit, Ausbau der sozialen Infrastruktur genutzt zu werden. Diese Entwicklung zeigt sich weltweit. Es findet ein globaler Wettbewerb der Steuersysteme und Steuerarten statt. Die Vermögenden konnten sich durchsetzen und verhindern, dass die Staaten durch Steuern deren Vermögen antasten. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten stellt diese Steuerpolitik eine fundamentale Verletzung des Grundsatzes der Steuergerechtigkeit dar. Der US-Milliardär Warren Buffet hat es zugegeben: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“

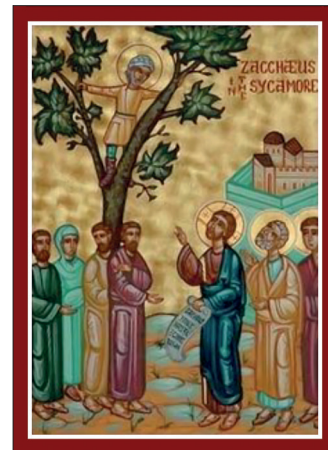
In einem modernen Rechts- und Steuerstaat sind Steuern keine Zumutung eines Staates. Es stehen sich nicht Bürger und Staat gegenüber, Steuern sind vielmehr demokratietheoretisch ein Instrument, auf das sich die Bürger politisch verständigen. Steuern sind keine Zumutung, kein täglicher Raubüberfall, sondern der Preis für eine zivilisierte Gesellschaft.

Zachäus – eine biblische Gestalt der Steuergerechtigkeit

Die Kirchen schalten sich in den Konflikt um Steuergerechtigkeit mit der Zachäuskampagne ein. Sie tun dies, indem sie an die biblische Gestalt des Steuer- und Zolleintreibers Zachäus erinnern. Kann diese Erzählung eines reumütigen Zöllners, Kollaborateur und Profiteur der Römischen Besatzungsmacht Palästinas, Vorbild für eine Neuordnung des Finanzsystems sein? Ist Zachäus nicht das Beispiel einer individuellen Umkehr und Bußfertigkeit? Es gibt eine Tendenz der Verharmlosung der Erzählung von der Bekehrung des reich gewordenen Zöllners Zachäus.

Die Erzählung über den Zöllner Zachäus ist subversiv. Warum? Die Zachäusgeschichte enthält eine präzise Analyse der sozio-ökonomischen Verhältnisse im römisch-imperialen Kolonialsystem. Sie stellt zentrale Ideologien der Besatzungsmacht Rom in Frage. Rom

sprach von Frieden und Sicherheit, wo doch Ausbeutung und Unterdrückung durch Steuern, Zölle, Abgaben, Tribute, Zwangsarbeit und Aushebungen an der Tagesordnung waren. Rabbi Gamiel II. (um 90-130 n.Chr.) beschreibt die Verhältnisse so: „Mit vier Dingen zehrt dieses Reich uns aus: mit seinen Zöllen, Bädern, Theatern und den Naturallieferungen.“ Die Zölle wurden privatwirtschaftlich organisiert. Das Recht wurde ersteigert. Wer den Zuschlag bekommen hatte, der konnte den Zollsatz nach Gutdünken festlegen. Die Rabbinen in Jesu Zeit kritisieren solche „Zöllner ohne festen Steuersatz“. Sie haben deshalb verboten, aus der Zöllnerkasse Almosen zu nehmen. Mit diesem erpressten Geld wollte man nichts zu tun haben.



Herrschaftsverhältnisse sind abstrakt, werden aber in Steuergesetzen konkret. Die Kleinbauern begegnen der kolonialen Willkürherrschaft, wenn sie dem Zöllner Zachäus Abgaben auf ihre landwirtschaftlichen Produkte zahlen mussten. Zachäus ist das koloniale Gesicht des Ausbeutungssystems des Römischen Imperiums. Er ist ein solcher „Oberzöllner“ (Lk 19,2), genauer: der Vorsteher einer privatwirtschaftlich organisierten Pachtgesellschaft. Er hatte sich das Recht auf Zolleintreibung ersteigert. Jetzt hat er freie Hand, das Investment wieder zurückzuholen. In der Zachäusgeschichte hören wir: „Zachäus aber trat herzu und sprach zu dem Herrn: Siehe, Herr, die Hälfte von meinem Besitz gebe ich den Armen, und wenn ich jemanden betrogen habe, so gebe ich es vierfach zurück.“ (Lk 19,8) Er gibt zu, die Menschen willkürlich ausgebeutet zu haben. Er hat sich mit Betrug und Repression bereichert. Das römische Recht legitimiert seine Willkür und ist Unrecht. Im Lukasevangeliem kommt die Bezeichnung „Zöllner“ immer im Zusammenhang mit Sünde vor. Zachäus wird „Sünder“ genannt, weil er seine Machtposition ausnutzt und sich durch Willkür, Gewalt und Skrupellosigkeit auf Kosten anderer bereichert. Was mit „Sünde“ angesprochen wird, ist ein sozialökonomisch konkreter Sachverhalt.

Die Geschichte von der Umkehr des reichen Zachäus ist eine Erzählung von subversiver Kraft, denn ihr geht es um die dreifache Frage, die von den Reichen tunlichst vermieden wird:

- ▲ analytisch: Woher stammt der Reichtum? Der Oberzöllner ist reich geworden durch Gewalt und Willkür;
- ▲ ethisch: Was macht den Reichtum des Zollpächters Zachäus so problematisch? Zachäus erkennt, dass Recht Roms Unrecht ist. Bekehrung bedeutet, das Geraubte zurückzugeben;
- ▲ theologisch: Kann ein Mensch im imperialen Regime Roms ein gerechtes Leben führen? Bei Zachäus geht es um die Frage, wie ein gerechtes Leben mitten im Unrecht eines imperialen Kolonialsystems möglich ist.

Nach rabbinischer Auffassung bedeutet Umkehr, das zugefügte Unrecht wiedergutzumachen. Wenn Zachäus den vierfachen Schadenersatz leisten will, dann tut er das, was die Tora bei Diebstahl fordert (Ex 21,37; 22,1). Er bekennt damit, dass er wie ein Dieb das Volk bestohlen hat. Die Tora kennt das Rechtsprinzip eines Täter-Opfer-Ausgleichs, das Grundregeln für die materielle Wiedergutmachung bzw. Entschädigung des Geschädigten festlegt, die auf Versöhnung zielen. Kern ist eine prinzipielle Orientierung an den Opfern. Sie zielt auf die Wiederherstellung der Würde der Opfer.

Versöhnung ist in diesem Rechtsdenken die Folge einer Wiedergutmachung des Unrechts und die Restitution des unrechtmäßig angeeigneten Reichtums. Dieser Grundgedanke zeigt sich auch im Jubeljahr, das jeweils am Versöhnungstag ausgerufen wird und bei dem die Schulden erlassen und eine Landreform durchgeführt werden, indem Grund und Boden zurückverteilt werden. Versöhnung ist konkret: Sie geschieht, wenn Bereicherungs- und Verarmungsprozesse rückgängig gemacht werden (vgl. Lev 25,8-14). Die Frage lautet: Wie kann man ein toragemäßes und gerechtes Leben im Imperium und unter den herrschenden Verhältnissen führen? Die Umkehr des reichen Zachäus ist ein sehr präziser doppelter Akt, wie ihn die Tora fordert:

- ▲ Absage von der willkürlichen Gewalt gegen die Bevölkerung, die Zachäus reich gemacht hatte;
- ▲ Hinwendung zu den ethischen Grundforderungen der Tora:
 - Gerechtigkeit durch Beachtung des Rechts;
 - Wiedergutmachung und Zurückerstattung;
 - „Almosen“ ist ein Recht, das „Recht der Armen“ (Ex 23,6; Dtn 27,19; Jes 10,2 u.ö.) und kein Akt eines herablassenden Mitleids.

Die Erzählung ist subversiv. Die Erzählung von Zachäus deckt die kriminellen Strukturen des globalen

Steuersystems auf. Und sie bewertet es: Rom unterdrückt die Armen mittels Zöllen und Steuern, nennt aber diese Aneignung der Güter der Armen legal und ist deshalb sündhaft. Diese Erkenntnis macht die Bekehrung des Zachäus aus: Er sieht, dass das, was Rom Recht nennt, Unrecht ist, denn es nennt die betrügerische und erpresserische Aneignung der Güter der Menschen Recht.

Die Zachäus-Kampagne der weltweiten Ökumene

Damit gerechte Steuern zu einem Thema der Kirchen werden, hat der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit anderen konfessionellen Weltorganisationen im Jahr 2019 eine ökumenische Kampagne für Steuergerechtigkeit gestartet. Unter Bezugnahme auf die biblische Geschichte von Zachäus fordert die ökumenische Kampagne ein gerechtes Steuersystem, das der Mehrheit dient und nicht der Bereicherung einiger weniger. Die Bekehrung des Zachäus ist Programm und steht sinnbildlich für die notwendigen Veränderungen der globalen Finanzordnung. Im Konzeptpapier der Kampagne heißt es: „Die Besteuerung ist ein wichtiges Instrument, um den Reichtum innerhalb und zwischen den Ländern gerecht zu verteilen und Unternehmen und Bürger im Hinblick auf die Wahrung des Gemeinwohls, einschließlich der Pflege der globalen ökologischen Gemeinschaft, zur Verantwortung zu ziehen.“ Zur Unterstützung dieser Kampagne haben sich in Deutschland derzeit 25 evangelische und katholische Dienste und Werke sowie ökumenische und zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke in einem Bündnis für Steuergerechtigkeit zusammengeschlossen.

Die Kirchen und mit ihnen Caritas und Diakonie sind stark, wenn es darum geht, mithilfe von Projekten wie Tafeln oder Kleiderkammern Armut zu bekämpfen. Sie treten auch als Mahnerinnen für soziale Gerechtigkeit auf. Die Zachäuskampagne des ÖRK will deutlich machen: Wer Armut bekämpfen will, der muss für eine gerechte Steuerpolitik eintreten. Da Steuern hoch politisch sind, heißt das auch, einen Konflikt mit den Vermögenden zu wagen, für die die neoliberale Epoche eine goldene Zeit war. Deshalb müssen die Kirchen über Steuern reden, wenn sie sich für die Armen und eine solidarische Gesellschaft stark machen. Den Steuerhinterziehern, den Steueroptimierern und Steuerflüchtigen muss gesagt werden: Steuern verdienen ein Lob! „Steuern sind der Preis für eine zivilisierte Gesellschaft“. So steht es als Motto über dem Eingangsportal der Obersten US-amerikanischen Steuerbehörde. Was einer Gesellschaft

soziale Gerechtigkeit und Gleichheit wert sind, lässt sich an der Höhe ihres Preises ablesen. Und die Steuern sind der Preis, an dem sich zeigt, welchen Wert für eine Gesellschaft das hat, was mit Steuern finanziert werden kann: Schulen, Krankenhäuser, soziale Rechte, ein ausgebauter Sozialstaat.

Die Bayerische Verfassung von 1947 enthält einen starken Satz: „Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Was hier zur Erbschaftsteuer gesagt wird, ist ein Grundsatz für die gesamte Steuerpolitik. Damit eine Gesellschaft sich nicht in Arm und Reich aufspaltet, greifen Steuern in das Eigentum ein. Priorität hat das Gemeinwohl – und nicht ein Recht auf Eigentum. Deshalb lautet die Maßgabe des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet – und zwar zum Steuerzahlen und zur Finanzierung des Sozialstaates. Von Zachäus ist zu lernen: Es geht um Rückerstattung von angehäuften gewaltigen Vermögen, nicht um Umverteilung. Es ist an der Zeit zu erkennen, dass den Steuern eine Schlüsselrolle bei der Schaffung einer sozial ausgeglichenen und solidarischen Gesellschaft zukommt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass ungerechte und ungleiche Gesellschaften durch eine progressivere Besteuerung von höheren Einkommen, Vermögen und Erbschaften zivilisiert werden können. Nötig ist die ethische Grundüberzeugung, dass ein solidarisches Gemeinwesen seinen Preis hat. Wenn aber diese Überzeugung fehlt, dann werden sich immer Steuerschlupflöcher und Steuertricks zur Steuerhinterziehung finden. Wer Solidarität nicht wertschätzt, für den ist der „Preis der Steuern“ allemal zu hoch. Steuern verdienen ein Lob. Bürger sollten sie mit Stolz und Freude zahlen.

Franz Segbers ist emeritierter Professor für Sozialethik und 1. Vorsitzender von Kairos Europa.

Der Zachäus-Appell

Die Zachäus-Kampagne für soziale und ökologische Steuergerechtigkeit ist eine gemeinsame Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen, des Lutherischen Weltbundes, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, des Weltrates Methodistischer Kirchen und des Weltmissionsrates. Alle Mitgliedskirchen dieser ökumenischen Weltbünde sind eingeladen, die Kampagne in ihren Kontexten bekannt zu machen und sich in dieselbe einzubringen.

Grundlage des deutschen Zweiges der internationalen Kampagne, der von Kairos Europa initiiert wurde und seit Oktober 2021 auch verantwortlich koordiniert wird, ist der nachstehend dokumentierte „Zachäus-Appell“. Dieser entstand in Anlehnung an den Aufruf der internationalen Kampagne und wird von nunmehr 25 Mitträgerorganisationen des deutschen Kampagnenstandbeins unterstützt – darunter zu unserer großen Freude auch zentrale Verbände bzw. Werke der römisch-katholischen Kirche.

Wortlaut des Zachäus-Appells

Finanz- und Schulden-Krise, Klimawandel, Artensterben, Ungleichheit und vieles mehr bedrohen (Über-) Leben und Zusammenhalt der Menschheit. Die Corona-Krise verschärft die vorhandenen Verteilungskämpfe. Dies wird zunehmend erkannt, und eine wachsende Anzahl von Menschen realisiert, dass wir diese Krisen nur gemeinsam bewältigen können. Dies ist umso nötiger, da arme Länder ungleich härter von diesen Krisen getroffen werden und zugleich im Vergleich zu reichen Ländern weniger Mittel haben, mit diesen umgehen zu können.

Zudem wird zunehmend erkannt, dass der ungleich verteilte Reichtum in dieser Welt auch auf ungerechten Strukturen beruht, die sich seit der Kolonialzeit entwickelt und Ausbeutung und Unterdrückung bis heute verfestigt haben. Hierzu passt die biblische Figur des sich selbst bereichernden Zöllners Zachäus, der sich in einem Moment der Erkenntnis und Umkehr entschloss: „Die Hälfte meines Vermögens will ich den Armen geben, und wenn ich von jemand zu viel gefordert habe, gebe ich ihm das Vierfache zurück“ (Lukas 19,8).

Freilich:

Wir können hinsichtlich der Lösung heutiger Weltprobleme nicht auf Einsicht, Umkehr und Philanthropie finanzkräftiger Personen, Konzerne und Länder

warten, um den notwendigen Wandel anzustoßen. Vielmehr drängt die Zeit, und die Kosten für die Bewältigung der Krisen und ein sozial-ökologisches Umsteuern fallen schon jetzt an.

Deshalb möchten wir uns hiermit der weltweiten Zachäus-Kampagne für Steuergerechtigkeit der ökumenischen Initiative New International Financial and Economic Architecture (NIFEA) anschließen und wenden uns in Anlehnung an deren Kampagnen- und Aktionsplan an die Bundesregierung und die Europäische Union:

- ▲ Wir fordern Schuldenerlasse, um Staaten im globalen Süden bei der Bewältigung akuter Krisen, darunter v.a. die Corona-Krise und der globale Klimawandel, zu unterstützen.
- ▲ Wir fordern die Einführung einer progressiven Vermögensbesteuerung auf globaler und nationaler Ebene, um der zunehmenden Konzentration des Reichtums in den Händen immer mächtiger werdender Weniger entgegenzuwirken, in Verbindung mit der Erhöhung öffentlicher Ausgaben zur Überwindung von Armut.
- ▲ Wir fordern wirksame Maßnahmen zur Unterbindung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung durch transnationale Unternehmen und reiche Einzelpersonen.
- ▲ Wir fordern nachdrücklich die Einführung von progressiven CO₂-Steuern und angemessene Preise für Emissionszertifikate auf allen Ebenen, um unseren Planeten zu schützen. Für sozial benachteiligte Haushalte ist dabei auf eine kostenneutrale Ausgestaltung zu achten.
- ▲ Wir fordern die sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Währungen und Derivaten, um schädlichen spekulativen Aktivitäten an den Finanzmärkten entgegenzuwirken.

Die so erzielten Einnahmen sollten nach unseren Vorstellungen auch zur Finanzierung eines globalen Solidarfonds für soziale und Klimagerechtigkeit unter dem Dach der Vereinten Nationen genutzt werden, der gemäß der globalen sozial-ökologischen Herausforderungen demokratisch, partnerschaftlich, transparent und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft über die Mittelverwendung entscheidet.

Damit (auch) Kirchen und ihre Dienste, Werke und Einrichtungen in Deutschland ihrer Verantwortung gerecht werden und mit gutem Beispiel vorangehen, erwarten wir von ihnen kreative und prophetische Lesarten der Zachäusgeschichte (Lukas 19,1-10) und ein konsequent prophetisches Handeln:

- ▲ Wir rufen die Kirchen auf, die Fragen der gerechten Besteuerung und der Wiedergutmachung von Kolonialismus und ökologischen Schulden im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für Mensch und Schöpfung wahrzunehmen.
- ▲ Wir ermutigen die Kirchen, sich der Zachäus-Kampagne anzuschließen und sich bei nationalen Regierungen und globalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen für Steuer- und wiedergutmachende Gerechtigkeit einzusetzen.
- ▲ Schließlich rufen wir die Kirchen auf, ihre eigenen Finanzen im Einklang mit den Zachäus-Prinzipien für eine gerechte Besteuerung und im Sinne einer nachhaltigen und fairen Nutzung von Ressourcen zu verwalten.

Unterstützer des Appells:

- Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland
- Arbeitsstelle Eine Welt in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens
- Bischöfliches Hilfswerk Misereor
- Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg
- Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz
- Jesuitenmission
- Kairos Europa
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands
- Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
- Kirchlicher Entwicklungsdienst der Ev. Kirche in Hessen und Nassau und der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck
- Kirchlicher Entwicklungsdienst in der Evangelischen Landeskirche in Baden
- Kolping Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
- Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland
- Oikocredit Förderkreis Hessen-Pfalz
- Ökumenische FriedensDekade
- pax christi - Deutsche Sektion
- Pro Ökumene
- Reformierter Bund in Deutschland
- Stiftung Ökumene
- Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Werkstatt Ökonomie
- Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

Kairos Europa-Publikationen zur Zachäus-Kampagne

Auf Einladung des Ökumenischen Rates der Kirchen wurde Kairos Europa bereits im April 2019 in die erste internationale Konsultation zur Planung der weltweiten Zachäus-Kampagne im südafrikanischen Durban einbezogen. Seither stellt die Kampagne einen wichtigen Schwerpunkt unserer Aktivitäten dar. Dies kommt u. a. darin zum Ausdruck, dass wir bereits drei Broschüren zur Thematik der Steuer(un)gerechtigkeit im Allgemeinen und der Zachäus-Kampagne im Besonderen erstellt haben, die beim Heidelberger Büro oder über die Kairos-Webseite bestellt werden können:

Kairos Europa (Hrsg.): **Das Zachäus-Projekt der weltweiten Ökumene**, 66 Seiten, Heidelberg, November 2019 (€ 5,00)

Kairos Europa (Hrsg.): **Globale Steuergerechtigkeit jetzt (erst recht)! Die Zachäus-Kampagne der weltweiten Ökumene im Brennglas der Corona-Krise**, 63 Seiten, Heidelberg, November 2020 (€ 5,00)

Kairos Europa (Hrsg.): **Gerechte Steuern. Eine Handreichung zur Zachäus-Kampagne für Gemeinden und Gruppen**, 60 Seiten, Heidelberg, November 2021 (€ 5,00)

Auf der von uns betriebenen Webseite **www.zachaeus-kampagne.de** finden sich vielfältige Hintergrundinformationen, weitere Arbeitsmaterialien sowie handlungsbezogene Mitmachangebote zur Kampagne.

Aus dem Verein

Neue Vorstandsmitglieder

Im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung 2022, die am 18. November digital stattfand, standen aufgrund des Rückzugs von Dr. Heike Knops aus dem Kairos-Vorstand Wahlen zur Neubesetzung dieses Postens an. Jutta Jekel, die als Nachfolgerin für dieses Vorstandsamt kandidierte und einvernehmlich gewählt wurde, stellt sich Ihnen und Euch nachstehend kurz vor. Zudem findet sich ein Kurzporträt von Friedrich Brachmann, der auf Vorschlag des amtierenden Vorstands von der Mitgliederversammlung für die Mitarbeit im Vorstand ebenso einvernehmlich kooptiert wurde. Dr. Simon Wiesgickl, der sein Vorstandsamt wegen einer schweren Erkrankung vorübergehend hatte ruhen lassen, meldete sich bei der Mitgliederversammlung als „gesundet“ zurück und wird fortan wieder tatkräftig mitwirken.

Jutta Jekel



Jahrgang 1954, seit 2021 Pfarrerin im aktiven Ruhestand. Ich wohne in Wiesbaden, bin verheiratet, habe zwei Töchter und zwei Enkelkinder. Meine beruflichen Stationen waren: Gemeindepfarramt in Wiesbaden, dann Gefängnisseelsorge im Frauengefängnis in Frankfurt. Danach Wechsel als Studienleiterin zum Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau in Mainz (Thema Kirche und Arbeitswelt, Gemeinwesenarbeit). Die letzten 10 Jahre Pfarrerin an der Hoffnungsgemeinde, Innenstadtgemeinde in Frankfurt/M.; neben der (erfüllenden) Gemeindearbeit Entwicklung des Schwerpunkts Kirche – Wirtschaft – Kunst an der Matthäuskirche. Dort regelmäßiger Kontakt mit dem Netzwerk von Kairos Europa und dem Kairos Palästina-Solidaritätsnetz. Seitdem Mitarbeit im Vorstand der Initiative Kirche von unten (IKvu), im Verein zur Förderung der Feministischen Theologie in der EKHn sowie im Arbeitskreis Frieden der Akademie Frankfurt. Auf die neue Arbeit als Vorstandsmitglied von Kairos Europa freue ich mich.

Friedrich Brachmann



In Dresden aufgewachsen, habe ich in den 1980er Jahren Informationstechnik im damaligen Karl-Marx-Stadt studiert. Als ehemaliger Bausoldat war mir der Friedensarbeitskreis der ESG in dieser Zeit besonders wichtig, aber auch befreiungstheologische Ansätze (Nicaragua) und die Umweltbewegung. Nach dem Fall der Mauer wurde ich Sozialarbeiter in der 1991 gegründeten Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit in Dresden und bin heute noch geringfügig in der Sozialpsychiatrie tätig. Die Themen des Konziliaren Prozesses haben mich ehrenamtlich immer beschäftigt, so im 2/3-Welt-Arbeitskreis der Kirchgemeinde, im Arbeitskreis Offene Kirche Sachsens, im Vorstand des 1993 für unsere Region gegründeten Förderkreises von Oikocredit (damals: EDCS) und im Vorstand des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsens. Heute gehöre ich zur Regionalgruppe von Attac, arbeite in der Akademie Solidarische Ökonomie mit und bringe mich im Netzwerk Christ*innen für den Wandel ein. Als langjähriges Mitglied von Kairos Europa freue ich mich auf die Vorstandsarbeit. Vernetzungen zu ähnlichen Initiativen habe ich oft als inspirierend erlebt. Meine Absicht ist es nicht zuletzt, das Anliegen von Kairos in meiner Region in Sachsen stärker bekannt zu machen.

Aus der laufenden Arbeit

Aufruf an die 11. Vollversammlung des Weltkirchenrats in Karlsruhe: Diese Wirtschaft tötet. Den Schrei der Erde und der Armen hören und die Ketten der Ungerechtig- keit für die ganze Schöpfung lösen (Jes 58,6)

Die Welt brennt an vielen Orten: Der Klimawandel lässt überall Wälder brennen, Getreide wird verbrannt, das unzählige Menschen vor Hunger bewahren könnte. Die Corona-Pandemie verändert alle Agenden. Im Krieg um die Ukraine wird der Konflikt um eine neue Weltordnung ausgetragen. Die Reichen werden immer unverschämter und die Armen immer mehr beschämt.

Den vielen Krisen liegt eine einzige Frage zugrunde: Wo ist dein Bruder? Wo deine Schwester? Deshalb richten wir den unten stehenden Appell an die Delegierten und an die Gäste der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) aus allen Teilen der Welt. Er ist zustande gekommen nach Konsultationen mit Ökumeniker*innen aus Afrika, Asien, Europa und Nord- wie Lateinamerika. Wir haben gelernt, dass es notwendig ist, auf die Mutter Erde und die Armen zu hören, denn sie leiden am meisten unter dem globalisierten Kapitalismus.

Unser Aufruf steht in der Tradition der ökumenischen Bewegung: So verurteilte der Lutherische Weltbund auf seiner Vollversammlung in Winnipeg 2003 den neoliberalen Kapitalismus als Götzendienst. Nicht anders der Reformierte Weltbund im Jahr 2004 auf seiner Generalversammlung in Accra. Die Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan stellte fest: „Die wirtschaftliche Globalisierung hat den Gott des Lebens durch Mammon ersetzt, den Gott des freien Marktkapitalismus, der die Macht für sich beansprucht, die Welt durch die Anhäufung unmäßigen Reichtums und Wohlstands zu retten“. Papst Franziskus verurteilt den Kapitalismus als eine „Wirtschaft, die tötet“. Die Kirchen haben in ihren offiziellen Dokumenten zu einer für die Geschichte der Kirchen wichtigen Einmütigkeit gefunden: Der herrschende Kapitalismus ist eine destruktive Religion; er ist als Götzendienst abzulehnen.

Indes verschärft sich die Weltlage immer weiter, die angekündigten Katastrophen sind längst da. Die

Frage ist nicht nur: Wo ist dein Bruder, wo deine Schwester? Wir müssen fragen: Wer ist dein Bruder, wer deine Schwester? Unser Aufruf ist ein Appell für eine universale Geschwisterlichkeit als Kern einer gemeinsamen Utopie von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Martin Gück & Franz Segbers
(Kairos Europa)

1. Einleitung

Inmitten der Covid-19-Pandemie und einer neuen Spirale militärischer Gewalt und Aufrüstung sowie die Kippunkte der Klimakatastrophe vor Augen, lesen wir zurückliegende Beschlüsse der ökumenischen Bewegung. Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 2003 in Winnipeg brandmarkte die Unterordnung unter einen absolut gesetzten neoliberalen Markt als Götzendienst. Im Jahr 2004 bekannte die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra in Reaktion auf die (damalige) globale wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung in einer „Glaubensverpflichtung“, dass die Integrität des Glaubens auf dem Spiel steht, wenn man sich gegenüber einem zerstörerischen (neo-)imperialen Wirtschaftssystem ausschweigt oder untätig verhält. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2013 in Busan erklärte in ihrer Missionserklärung, dass die Herrschaft des Marktes „ein globales vom Mammon bestimmtes System“ ist, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt und mittlerweile den gesamten Öko-Haushalt Gottes bedroht: „Das Reich Gottes steht der Herrschaft des Mammons diametral entgegen.“ Papst Franziskus charakterisierte den Kapitalismus zur selben Zeit als einen „Tanz um das Goldene Kalb“ und stellte fest: „Diese Wirtschaft tötet“. Es gibt also eine ökumenische Übereinstimmung in der klaren Ablehnung der herrschenden Wirtschaftsordnung. Diese große Ökumene ist von kirchengeschichtlicher Bedeutung.

Seitdem hat sich die Weltlage dramatisch verschärft. Wir leben heute in einer anderen Welt. Sie ist eine Welt am Abgrund. Deshalb wollen wir mit Blick auf die 11. Vollversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe eine Bestandsaufnahme der „Zeichen der Zeit“ vornehmen, sie theologisch und ethisch reflektieren und die ökumenische Bewegung zum Handeln aufrufen. Die Vollversammlung sollte den Gott des Lebens in einer Welt bekennen, die „unter die Räuber gefallen“ (Lk 10,29) ist: Alle sollen ein „Leben in Fülle“ (Joh 10,10) haben, denn es ist genug für alle da.

2. Eine Welt im Ausnahmezustand – Menschen sterben, die Erde brennt

Mit der Finanzkrise von 2008/9 und der Rezession infolge der Covid-19-Pandemie haben sich in der jüngeren Vergangenheit weltweite ökonomische Verwerfungen bislang ungekannten Ausmaßes eingestellt. Beide Male konnte die Weltwirtschaft nur dank beispielloser staatlicher Interventionen vor einem Kollaps bewahrt werden. Die Kosten dieser extremen Krisenhaftigkeit haben vor allem die Schwachen und die natürliche Umwelt zu tragen. Dies rückt nicht nur die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) in weitere Ferne, sondern vergrößert gar Not und Elend.

Zudem erwachsen auch aus den veränderten Realitäten der „Weltordnung“ gravierende Bedrohungen für die menschliche Sicherheit. Nicht zuletzt auch der Krieg in der Ukraine ist Ausweis wachsender hegemonialer Rivalitäten zwischen imperialen Mächten im Konflikt um die Neuaufteilung geopolitischer Machtsphären. Eine chaotische, widersprüchliche und militarisierte Weltunordnung, die die Interessen der Wenigen schützt, breitet sich aus. Die Welt steckt in einer globalen Vielfachkrise:

- Das globale Finanzsystem ist nach wie vor völlig unzureichend reguliert und der nächste Crash nur eine Frage der Zeit;
- die Digitalisierung privatisiert öffentliche Güter und macht sie zur Ware: Internet-Giganten wie Google, Amazon oder Facebook verschärfen Rationalisierung und Ausbeutung und spalten die Gesellschaft mit hochqualifizierten, gut bezahlten IT-Jobs einerseits und prekären, schlecht bezahlten „Lieferando-Jobs“ andererseits;
- der Raubbau an der Natur nimmt dramatisch zu; vor allem im globalen Süden geht er allzu oft mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie der illegalen Aneignung von Land, Vertreibungen und der Ermordung von Aktivist*innen einher;
- die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt global wie auch national immer skandalösere Formen an: Das Vermögen der acht reichsten Menschen entspricht dem der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung, und selbst während der Corona-Krise konnten die zehn reichsten Menschen der Welt mehr Gewinne erzielen, als die Impfungen aller Menschen auf der Welt zusammen kosten würden;
- die ökologische Krise ist die Kehrseite der sozialen Krise: Das reichste 1 Prozent (63 Millionen Menschen) hat zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO₂

ausgestoßen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Gegenwärtig konsumiert ein Viertel der Weltbevölkerung vorwiegend des globalen Nordens drei Viertel der Ressourcen und erzeugt drei Viertel des Abfalls und der Emissionen;

- die Covid-19-Pandemie ist Ausdruck des zerstörerischen Übergriffs auf die Natur, die ökologischen Verwüstungen wachsen sich zu weltweiten Seuchen aus;
- durch die wachsende Unwirtlichkeit der Erde sehen sich immer mehr Menschen zur Migration aus ihren Ländern gezwungen;
- etwa 40 Prozent des Weltsozialproduktes und zwei Drittel des Welthandels befinden sich in der Hand von gerade einmal 500 Konzernen; deren auch politisch wachsende Macht vergrößert Demokratiedefizite und untergräbt öffentliche Interessen;
- der Populismus von Rechts ist weltweit auf dem Vormarsch, wodurch sich autoritäre Regime ausbreiten und das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie schwindet;
- Gewalt, Krieg und Aufrüstung sind erneut zu Mitteln geworden, mit denen eine neue Weltordnung, die nicht auf den Regeln des Rechts sondern auf Macht basiert, durchgesetzt werden soll.

Die Menschheit steht zweifelsohne am Scheideweg – zumal das Zeitfenster, in dem die schlimmsten Folgen der globalen Erwärmung verhindert werden könnten, sich schnell schließt und der Militarisierungsschub im Windschatten des Krieges in der Ukraine die Bekämpfung der Klimakatastrophe an die zweite Stelle rückt.

3. Das Scheitern der neoliberalen Globalisierung und die mangelnde Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus

Die grundsätzliche Kritik der ökumenischen Bewegung am neoliberalen Kapitalismus hat sich bewahrt. Wir sehen: Die Globalisierung mit ihrem Credo des Vorrangs des Marktes vor der Politik hat sich als irrig erwiesen. Die Corona-Krise hat die Verletzlichkeit und krisenhafte Abhängigkeit der weltweiten Wertschöpfungsketten offengelegt. Angesichts des Scheiterns des Neoliberalismus fordern die Eliten nun eine Rückkehr des Staates als Akteur, um den Kapitalismus in seiner Grundstruktur erhalten zu können. Dieser Staatsinterventionismus neuen Typs soll den Kapitalismus „retten“ und zum Geburtshelfer eines „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“ werden.

Dabei wird ignoriert, dass die ökologisch-soziale Krise der Gegenwart sich fundamental von den bisherigen Krisen des Kapitalismus unterscheidet. Denn der Kapitalismus steckt in einem strukturellen Dilemma: Was ökologisch erwünscht ist – eine nachhaltige Wirtschaft –, erzeugt im Kapitalismus soziale Verwerfungen wie Massenarbeitslosigkeit und skandalöse Ungleichheit. Und was sozial erwünscht ist, forciert die ökologischen Krisen. Dieses sozial-ökologische Dilemma wird jedoch durch die Wiedererlangung eines Primats der Politik nicht beseitigt. Deshalb muss die Politik mit den Triebfedern kapitalistischen Wirtschaftens, nämlich der Maximierung von Profit und Wachstum, brechen.

4. Das Gebot der Stunde: Umkehr zu einer Ökonomie des Lebens und der Gerechtigkeit

Die Eliten wollen mit einem „Green New Deal“ Ökonomie und Ökologie versöhnen: Erneuerbare Energien sollen zu einer umweltpolitischen Kehrtwende und einem Beschäftigungsschub führen. Sie versprechen eine „Win-win-Situation“. Aber dieses Versprechen ist irrig, denn auch der grüne Kapitalismus braucht das Wirtschaftswachstum – und die Klimakrise ist die Kehrseite des Wirtschaftswachstums. Deshalb lässt sich das sozial-ökologische Dilemma im Kapitalismus nicht auflösen. Nötig ist ein radikaler Neuansatz, der soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele mit dem polit-ökonomischen Funktionsmechanismus kombiniert.

Die Politik darf sich nicht länger dem Diktat der Märkte unterwerfen; sie muss die Märkte in Dienst nehmen. Nötig ist ein Staat, der für Gesundheit, gute Arbeit und Bildung, nachhaltigen Verkehr und die Bewahrung der Schöpfung sorgt und die Wirtschaft so reguliert, dass diese lebensdienlich wird. Maßstab muss das Leben sein, besonders der Armen und der Schöpfung:

- Der Mensch ist nicht der Herr und Beherrscher der Natur, sondern Teil der Schöpfung;
- Geld ist ein öffentliches Gut und hat allein dem Allgemeinwohl zu dienen;
- Vorrang hat die gemeinsame Bestimmung der Güter vor dem privaten Gebrauch, denn Gott hat die Welt für alle erschaffen;
- Gute Arbeit, Gesundheit und Bildung sind Menschenrechte und keine Ware.

Das Gebot der Stunde ist eine globale, sozial eingebettete Nachhaltigkeitsrevolution, damit eine Ökonomie des Genug für alle entstehen kann. Eine solch

elementare Kehrtwende ist aber keine Win-win-Situation. Sie muss im Konflikt mit denen erkämpft werden, die von der herrschenden Ordnung profitieren. Der Kampf für Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung ist immer Teil gesellschaftlicher Klassenkonflikte.

5. Die neue Logik einer universellen Geschwisterlichkeit: Die Erde ist des Herrn und alles, was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen (Ps 24,1)

Der Konflikt um die Durchsetzung einer neuen Weltordnung erinnert an das biblische Bild des Propheten Jesaja, der seine Botschaft vom Verhängnis des Volkes in die Metapher eines Risses kleidet, der sich, zunächst kaum sichtbar, immer weiter in eine hohe Mauer frisst „wie ein von oben sich öffnender und sich verbreiternder Riss in einer hoch aufragenden Mauer, deren Zusammenbruch plötzlich, urplötzlich kommt“ (Jes 30,13). Die Risse werden größer und machen die Folgen der weltweiten Klimakatastrophe sichtbar: Wirbelstürme und Sturzfluten unterspülen die Grundfesten, Dürren und Feuersbrünste zerstören das Leben.

ANGESICHTS DESSEN, DASS die Mauer bald zu brechen und alles Leben unter sich zu begraben droht, erkennen wir:

Diese Wirtschaft schändet Mutter Erde. Sie zwingt alles Leben unter ein Verderben bringendes System. „Unsere ganze derzeitige Realität ist so voll von Tod und Zerstörung, dass wir keine nennenswerte Zukunft haben werden, wenn das vorherrschende Entwicklungsmodell nicht radikal umgewandelt wird und Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zur treibenden Kraft für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Erde werden“ („Aufruf zum Handeln für eine Ökonomie des Lebens, Gerechtigkeit und Frieden für alle“ des ÖRK von 2012). Unser Zeitalter des Mammons ist ein Katastrophen-Kapitalismus. Er bedroht das Leben der Menschheit und den Planeten insgesamt.

Wir bekräftigen, dass die neoliberale Globalisierung, die die Güter der Erde für eine Minderheit privatisiert, den Grundsatz der universellen Geschwisterlichkeit verletzt; denn alle haben ein Recht auf eine gemeinsame Nutzung der Erdengüter.

ANGESICHTS DESSEN, DASS der globale Kapitalismus die zum System gewordene Ausbeutung der Menschen und Zerstörung der Schöpfung ist und die Reichen sich einen übergroßen Anteil von den Gütern dieser Erde nehmen, die allen gehört, erkennen wir:

Wir sind alle im selben Sturm, aber nicht im selben Boot. Es sind die Reichen und die von ihnen zentral beeinflussten wirtschaftlichen und politischen Akteure und Institutionen, die zu einem großen Teil die Zerstörung der Erde, die Ausbeutung der Menschen und die Klimakatastrophe zu verschulden haben. Die destruktive Logik der herrschenden Ordnung muss überwunden werden.

Wir bekräftigen, dass die Menschen Teil der Schöpfung sind und nicht ihre Herren. Wir brauchen eine neue Logik: von der Logik der Herrschaft, die das Leben auf der Erde bedroht, zur Logik einer universellen Geschwisterlichkeit, die alle einbezieht, mit denen die Menschen das Leben im Haus der Schöpfung teilen (vgl. Gal 3,26-28).

ANGESICHTS DESSEN, DASS rasch gehandelt werden muss, da bald Kippunkte drohen und die Entwicklung unbeherrschbar und irreversibel wird, erkennen wir:

Im Widerstand gegen Situationen, die hoffnungslos und zum Verzweifeln scheinen, enthüllen die apokalyptischen Schriften der Bibel: Die Katastrophe ist da, doch es gibt Hoffnung, die Bestie zu besiegen. Apokalypse heißt „Enthüllen“. Denn: „Gefallen, gefallen ist Babylon“ (Jes 21,9). Die Bestie, die auf Erden ihr Unwesen treibt (Apk 13), ist das Kapital. Die apokalyptischen Schriften enthüllen, dass das herrschende System am Ende ist.

Wir bekräftigen, dass die Katastrophe nicht das letzte Wort hat. Es gibt eine Hoffnung auf eine Zukunft jenseits der von den Mächtigen erzeugten Katastrophen. Die Macht der gierigen Weltreiche wird zusammenbrechen. Eine andere Welt ist möglich. Wir erwarten einen neuen Himmel und eine neue Erde (Apk 21,1-8). Das ist keine bloße Utopie, sondern eine Herausforderung zum Handeln, damit die grundlegenden Rechte der Mutter Erde und der Völker akzeptiert werden, die aus der unverlierbaren Menschenwürde aller hervorgehen. Eine Geschwisterlichkeit, die jeden Menschen als Bruder oder Schwester anerkennt, ist Ansporn, sie möglich zu machen.

6. Eine Ökumene der Kirchen und aller Religionsgemeinschaften zur Überwindung unserer zerstörerischen Weltordnung

Der globale Kapitalismus stellt „nicht nur für das wirtschaftliche, sondern auch für das spirituelle Leben der Menschen, nicht nur für die Menschheit, sondern auch für die ganze Schöpfung eine Bedrohung“

dar (Missionserklärung des ÖRK). Diese Bedrohung erfährt nun durch den Krieg in der Ukraine und die aus ihm resultierende globale Aufrüstungsdynamik eine zusätzliche Verschärfung. Aus der Todeslogik kriegerischer Gewalt und des herrschenden Kapitalismus zu desertieren, ist das Gebot der Stunde. Doch dazu braucht es eine neue internationale Rechtsordnung mit entsprechenden internationalen Institutionen und Organisationen, die auf der Überzeugung einer universellen Geschwisterlichkeit basieren.

Papst Franziskus kritisiert in der Enzyklika „Laudato sí“, dass der Mensch sich als Herrscher und Eigentümer fühlt, „berechtigt, die Erde auszuplündern. Wir vergessen, dass wir Teil der Schöpfung sind. Unser eigener Körper ist aus den Elementen des Planeten gebildet“ (Ziff. 2).

ANGESICHTS DESSEN, DASS die Sorge um die Schöpfung Kirchen und Religionsgemeinschaften eint, erkennen wir,

dass der gemeinsame Glaube alle Gläubigen inspiriert und ihnen Kraft gibt, den Schrei der Armen und der Mutter Erde zu hören und gütiger, respektvoller und weiser mit der Erde umzugehen. Diese Spiritualität verbindet die christlichen Kirchen mit den Schwestern und Brüdern im Judentum, im Islam, dem Buddhismus und vielen anderen Religionen weltweit.

Wir bekräftigen unseren Glauben an Gott, den Schöpfer des Himmels und der geschändeten Mutter Erde. Die Kirchen müssen die Zeichen der Zeit aus der Perspektive des gekreuzigten Volkes und der geschändeten Schöpfung lesen. Sie müssen den Konflikt mit den Mächtigen und den Plünderern der Schöpfung wagen, damit alle das Leben haben. Darum müssen die Kirchen den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung neu beleben und in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen. Dabei müssen sie ihre Kirchenmauern unverzüglich überwinden und Allianzen bilden mit den Opfern und den mit diesen solidarischen Bewegungen.

Wir rufen die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe dazu auf, einen Bund gegen die herrschende Weltordnung zu schließen und in Wort und Tat entschieden Widerstand zu leisten. Deshalb erneuern wir zurückliegende Beschlüsse der ökumenischen Bewegung und fordern im Einklang mit Papst Franziskus: Wir brauchen eine Ökumene der Religionen, Glaubensgemeinschaften und aller Menschen zum Schutz der Mutter Erde und aller, die diese schöne Erde bewohnen. Die Zeit drängt.

Erstunterzeichner*innen:

Bischof Antonio Ablon (Philippinen), Prof. Dr. Sigurd Bergmann (Norwegen), Prof. Dr. Arturo Blatezky (Argentinien), Dr. Karen L. Bloomquist (USA), Prof. Dr. Allan Boesak (Südafrika), Prof. Dr. Nancy Cardoso Pereira (Brasilien), Dr. Beat Dietschy (Schweiz), Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Rev. Dr. Chris Ferguson (Kanada), Dr. Aruna Gnanadason (Indien), Dr. David L. Gosling (Großbritannien), Martin Gück, Rev. Dr. Jooseop Keum (Singapur), Prof. Dr. Mathew Koshy Punnackadu (Indien), Dr. Marthie Momberg (Südafrika), Dr. Rogate R. Mshana (Tansania), Dr. Nicolás Panotto (Chile), Fr. Wilfredo Ruazol (Philippinen), Prof. Dr. Franz Segbers, Prof. Dr. Seong-Won Park (Südkorea), Rev. Dr. Tioti Timon (Kiribati), Dr. Rob van Drimmelen (Belgien), Antonella Visintin (Italien)

Der Aufruf wurde zudem unterzeichnet u.a. von:

Prof. Dr. Jörg Arnold, Lisa & Pfr. i.R. Rudolf Atsma, Rev. Henk Baars (Niederlande), Basisgruppen-Bewegung Schweiz, Christa Maria Bauermeister, Prof. Dr. Dieter Becker, Dipl.-Theol. Winfried Belz, Giovanni Bernardini (Italien), Gregor Böckermann, Dr. Ulrich Börngen, Dr. Gerhard Breidenstein, Dr. Elisabeth Bücking, Dipl.-Theol. Peter Bürger, Christlicher Initiativkreis anders wachsen, Corporación de Educación e Incidencia Pública Otros Cruces (Chile), Dr. Harm Dane (Niederlande), Han Dijk (Niederlande), Pfr. i.R. Hartmut Dreier, ECOLIFE-Centre (Tansania), Prof. Dr. Moritz Fischer, Pfr. Reiner Fröhlich, Hartmut Futterlieb, Claudia Goltzsch-Knittel, Hanna Götte, Udo Grotz, Pfr. Reinhard Hauff, Prof. Dr. Martin Hoffmann (Costa Rica), Pfr. i.R. Martin Huhn, Institut für Theologie und Politik, Interreligiöse Gemeinschaft für Frieden Stuttgart, Kairos Europa, Jacqueline Keune (Schweiz), Dr. Hans-Gerhard Koch, Dr. Utz Ingo & Thirza Küpper, Dr. Volker David Lambert, Landesarbeitsgemeinschaft Christ*innen Die Linke Bayern, Dr. Julia Lis, Movimiento Ecuaménico por los Derechos Humanos (Argentinien), Dr. Eberhard Müller, Dr. Uwe Müller, Niederländische Ökumenische Gemeinde zu Berlin, Pfr. i.R. Erhard Nierstenhöfer, Kees Nieuwerth (Niederlande), Prof. Dr. Gottfried Orth, Ökumenisches Zentrum Oldenburg, Rev. Harry Pals (Niederlande), Dr. Michael Ramming, Rev. Dr. Eleuterio Revollido (Philippinen), Dipl.-Theol. Clemens Ronnefeldt, Christoph Rinneberg, MdL Hermann Schaus, Pfr. i.R. Heinrich Schmid, Pfr. i.R. Ulrich Schmitthener, Prof. Dr. Hans-Jörg Schneider, Pfrn. i.R. Friederike Schulze, Ilse Staude, Dr. Elisabeth Steffens, Pfrn. Sonja Straub (Costa Rica), Pfrn. i.R. Angelika Sylla, Pfr. i.R. Reinhold Sylla, Prof. Dr. Christian Thielscher, Pfr. Helmut Törner-Roos, Arianne van Andel (Chile), KR i.R. Ernst-Ludwig Vatter, Christine Voss (Schweiz), Dr. Reinhard J. Voss, Dr. Klaus Wazlawik, Dr. Paul Wee (USA), Jochi Weil-Goldstein (Schweiz), Dr. Simon Wiesgickl, Andreas Wiesner, Markus Zahno (Schweiz)

Aus der Ökumene

Churches for Future?

Die kirchlichen Dokumente zur Klimakatastrophe: Laudate Deum, Laudato si' und Der lebendige Planet

Von Bruno Kern

Die nicht sehr umfangreiche Enzyklika Laudate Deum (LD) von Papst Franziskus muss als Nachtrag zu Laudato si' (LS) verstanden werden und ist daher von dieser ersten ökologischen Enzyklika her zu lesen und zu verstehen, auf die sie auch konkret verweist. LS wurde noch vor der Pariser Klimakonferenz öffentlich bekannt gemacht. Nach acht Jahren zieht der Papst eine recht ernüchternde Bilanz. Ein Hauptanliegen des Papstes scheint es zu sein, den Leugnern des menschengemachten Klimawandels entgegenzutreten, für die er ungewöhnlich scharfe Worte findet. Das erste von insgesamt vier Kapiteln ist fast ausschließlich deren argumentativer Widerlegung gewidmet. Der Papst bemüht sich fast schon verzweifelt, die Evidenz des menschengemachten Klimawandels darzustellen, und geht im Detail auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe I („Naturwissenschaftliche Grundlagen“) der IPCC ein. Was das Papier der 11. Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe, Der lebendige Planet (DLP), als ausführlichen Anhang bringt (die konkrete Beschreibung des Klimawandels und dessen Folgen), rückt Papst Franziskus an die erste Stelle. Adressat dürften aber gar nicht die Meinungsführer unter den Leugnern des menschengemachten Klimawandels sein, die entweder klar interessegeleitet sind oder deren Haltung man nur schwer kognitiv aufbrechen kann. Adressaten sind vielmehr die von Letzteren stark Verunsicherten, auch unter den Katholiken. Hier erfüllt die Enzyklika eine wichtige Funktion: Gestützt auf die Autorität des Papstes kann innerhalb der katholischen Kirche eine entsprechende Aufklärungsarbeit vorangetrieben werden.

I. Gemeinsamkeiten

1. Theologisch-spirituelle Grundlagen

Sowohl das Dokument des ÖRK als auch LS bringen die ökologische Transformation mit dem fundamentalen Glaubensakt der Christen in Verbindung, mit der metanoia (bzw. der „ökologischen Bekehrung“,

wie es in LS heißt) als Antwort auf den Ruf Jesu in die Nachfolge. Damit wird klargestellt, dass eine entsprechende Praxis kein beliebiges Unterkapitel der Moraltheologie oder Sozialethik ist. Die Überlebensfrage der Menschheit wird zum entscheidenden Prüfstein für unsere Glaubenspraxis.

Sowohl LD als auch DLP halten es für notwendig, ein „enges anthropozentrisches Verständnis“ zu überwinden. Der Papst spricht von einem „situierten Anthropozentrismus“ (LD 67), der anerkennt, dass der Mensch in die umfassende Gemeinschaft des Lebens selbst eingebettet ist, ihr als Teil leibhaftig angehört und ihr nicht äußerlich gegenübersteht. Überzeugender als das ÖRK-Dokument begründet der Papst dies mit einer biblisch fundierten Mystik, angefangen von der Rolle der Schöpfung in den Gleichnissen Jesu über das Verständnis der Welt als relationales Beziehungsgeflecht bis hin zur Gottunmittelbarkeit der Geschöpfe innerhalb einer Mystik des kosmischen Christus, des „Christus universalis“ und der Gottesgegenwart „in einem Blütenblatt, in einem Weg, im morgendlichen Tau, im Gesicht des Armen“ (LD 65).

2. Die Ökologiefrage ist zugleich eine soziale Frage

Alle drei Dokumente betonen die enge Verzahnung von ökologischer und sozialer Frage, und zwar – im Gegensatz zu den sozialchauvinistischen Tendenzen bei uns – im Kontext des globalen Nord-Süd-Gefälles. Alle drei Dokumente verweisen auf die historische Verantwortung des globalen Nordens und die Folgen, die vor allem der globale Süden zu tragen hat. Im ÖRK-Dokument werden die indigenen Völker besonders hervorgehoben. Bedeutend ist auch die Kritik an einem grünen Imperialismus, einer neuerlichen Ressourcenplünderung unter dem Vorzeichen der Energiewende. DLP macht sich die Redeweise Indigener von „grünem und blauen Kolonialismus“ zu eigen. Ebenso einig ist man sich konfessionsübergreifend über den Presshebel der Auslandsverschuldung, der die soziale Kluft und die Zerstörung der Natur verschärft.

3. Neugestaltung der internationalen Ordnung

Die Unzulänglichkeit der derzeitigen internationalen Ordnung ist ein starker gemeinsamer Akzent von LD und DLP. Der Papst spricht von der Neugestaltung des Multilateralismus, die der neuen Weltlage gerecht werden muss. Er fordert eine Demokratisierung auf Weltebene, eine Reform der Institutionen und neue Verfahren der Entscheidungsfindung, die nicht mehr das Recht des Stärkeren widerspiegeln. Und er

erinnert an einen effektiven Multilateralismus „von unten“, der von der Zivilgesellschaft selbst ausgeht und imstande ist, Druck auf die Machtverhältnisse auszuüben. Als konkretes Beispiel führt er den Ottawa-Prozess zum Verbot von Antipersonenminen an. Das kann und muss als Kritik an einer unipolaren Ordnung unter der Hegemonie der USA und ihrer Verbündeten gelesen werden, die heute durch den ideologischen Begriff der „regelbasierten Weltordnung“ gerechtfertigt wird, welcher das Völkerrecht aushebelt. Die konkrete Ausgestaltung einer solchen Weltordnung, die der neuen Lage eher gerecht wird, bleibt aber vage. Hilfreicher ist das ÖRK-Dokument, das hier wesentlich konkreter wird. Es erwägt einen neuen UN-Rat für wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Sicherheit, einen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien, Ökozid-Gesetze, einen Gerichtshof für Klimaverbrechen, ein Gutachten zu Menschenrechten und Klimawandel vom Internationalen Gerichtshof, neue verbesserte Formen einer Rechenschaftspflicht und eine neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur. „Die Beendigung von Kriegen und Militärübungen“ – wenn man das ernst nimmt, eine umstürzende Forderung! – fließt so beiläufig und ohne jede weitere Erläuterung in den Text ein, dass man an der Ernsthaftigkeit dieser Aussage zweifeln darf.

Eine Stärke der päpstlichen Enzyklika LD liegt wiederum darin, dass sie sich einer Analyse der vergangenen Klimavertragsstaatenkonferenzen widmet und deren Schwächen klar herausarbeitet. Ihr wesentliches Fazit lautet: Die Vereinbarungen zur Reduktion der Treibhausgase waren faktisch wirkungslos, weil sie keine sanktionsbewährten Verpflichtungen, Kontrollmechanismen, Vergleichskriterien und Mechanismen der periodischen Überprüfung vorsehen. Lediglich bei Fragen der Finanzierung von Verlusten und Schäden der am meisten betroffenen Länder habe es Fortschritte gegeben. Die relativ detaillierten Ausführungen des Papstes lassen die Absicht erkennen, konkret auf die bevorstehende COP 28 in Dubai Einfluss zu nehmen.

Besonders bemerkenswert ist die klare Unterstützung und Legitimierung der radikalisierten Klimagerechtigkeitsbewegung durch den Papst in diesem Zusammenhang: „Auf Klimakonferenzen ziehen die Aktionen von sogenannten ‚radikalisierten‘ Gruppen oft Aufmerksamkeit auf sich. In Wirklichkeit füllen sie jedoch eine Lücke in der Gesellschaft als Ganzer, die einen gesunden ‚Druck‘ ausüben müsste ...“ (LD 58). Dies ist für die öffentliche Debatte bei uns von größter Bedeutung.

4. Entscheidende Schwachstellen

Die Politik, die man konkret zur Eindämmung der Klimakatastrophe einfordert, geht leider nicht über das hinaus, was inzwischen lagerübergreifend Konsens ist. Welche politische Wirkung sollte aber dann davon ausgehen? Vor allem DLP insistiert auf dem raschen Ende der fossilen Energien (und im Gegensatz zur EU-Taxonomie gleichermaßen auch der Atomenergie) und einer entsprechenden beschleunigten Umstellung auf erneuerbare Energien. Das suggeriert, dass wir die noch vorhandene fossile Basis eins zu eins ersetzen könnten durch erneuerbare. Kein Wort verliert man über die notwendige absolute Reduktion des Verbrauchs, kein Wort darüber, dass der Umbau in den reichen Industrieländern mit einem radikalen Rückbau einhergehen muss. Man gibt sich keine Rechenschaft darüber, dass bislang kein einziges Windrad und kein einziges Solarmodul ohne fossile Energien gebaut werden konnte, darüber, dass die „Lebensfähigkeit“ erneuerbarer Energien (das heißt die Möglichkeit, sich auf ihrer eigenen Grundlage zu reproduzieren, wenn keine fossilen Energien mehr zur Verfügung stehen) höchst fraglich ist, und darüber, dass sie insgesamt ein begrenztes Potenzial haben. Auch in LD ist davon nicht die Rede. In LS hat der Papst noch an etlichen Stellen auf diese Grenzen hingewiesen, davon gesprochen, dass „eine gewisse Rezession zu akzeptieren“ sei (LS 193), dass man „die Produkte vom Markt nimmt, die unter energetischem Aspekt wenig rationell oder stärker umweltbelastend sind“ und dass eine „Mäßigung des Konsums“ unvermeidlich sei (LS 180). Während in LS das kapitalistische „Prinzip der Gewinnmaximierung“ als entscheidender Wachstumstreiber sehr ausführlich dargestellt (LS 195) und gezeigt wird, wie der kapitalistische Markt die Politik in Geiselschaft nimmt (LS 198, 190, 203), wird dies sowohl in LD als auch in DLP nur noch zaghaft angedeutet.

II. Der „Mehrwert“ der päpstlichen Dokumente

In einem entscheidenden und sehr grundsätzlichen Punkt gehen die päpstlichen Dokumente weit über das ÖRK-Dokument hinaus: Der Papst leistet nicht nur eine sehr grundsätzliche Wachstumskritik, sondern vertieft diese durch seine Infragestellung des technologischen Paradigmas. Die entsprechenden Abschnitte in LS (vor allem 106–108) halte ich selbst für die stärksten Passagen der Enzyklika. Die Tatsache, dass er in LD das gesamte zweite Kapitel dieser Grundsatzfrage widmet, verweist auf die Bedeutung, die er ihr beimisst. Er trifft damit ins Herz des gegenwärtigen ökoliberalen Mainstreams. Der Papst warnt vor einem blinden Vertrauen auf technischen Fortschritt, auf die durch nichts zu begründende Annahme, es gäbe für jedes Problem eine technische Lösung. Er verweist auf die Gefährlichkeit technischer Eingriffe in komplexe Systeme, die wir als Ganze kaum verstehen, und darauf, dass der technische Apparat gesellschaftlich niemals „neutral“ ist, dass es vielmehr eine Wechselwirkung zwischen ihm und der konkreten Ausgestaltung unserer gesellschaftlichen Beziehungen gibt. Das greift er in LD dadurch auf, dass er auf die mit einer bestimmten Technik verbundene Machtfülle und deren möglichen Missbrauch verweist. Die besonders tiefgründige Nr. 106 von LS kann man durchaus als Plädoyer für eine „konviviale Technik“ im Sinne Ivan Illichs lesen. In LD weist der Papst insbesondere darauf hin, dass jede technische Erneuerung ihre Grenze in der natürlichen (Rohstoff-)Basis findet. Damit bestreitet der Papst vehement und sehr grundsätzlich die Ideologie, die vor allem der „Fridays“-Bewegung zugrunde liegt und die die ökologische Transformation auf ein rein technisches Problem und die Frage der raschen Umsetzung grundsätzlich vorhandener Lösungen reduziert. Hier wäre ein starker Anknüpfungspunkt für einen wichtigen, spezifischen Beitrag von Christinnen und Christen gegeben.

Dr. Bruno Kern ist ein österreichisch-deutscher Theologe und Philosoph. Zurzeit lebt er als selbstständiger Lektor, Übersetzer und Autor in Mainz. Sein jüngstes Buch trägt den Titel „Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft“.

IMPRESSUM

Der Rundbrief wird herausgegeben von Kairos Europa e.V. | im WeltHaus | Willy-Brandt-Platz 5 | 69115 Heidelberg
Fon: +49 (0)6221 800255 | Mobil: +49 (0)176 54471059 | info@kairoseuropa.de | www.kairoseuropa.de
Bankverbindung: KAIROS Europa Deutschland e.V., GLS Bank, IBAN: DE52 4306 0967 8040 2420 00, BIC: GENODEM1GLS
Der Rundbrief erscheint unregelmäßig und wendet sich vor allem an die Mitglieder und FreundInnen von KAIROS Europa.
Auflage: 400 Exemplare · Redaktion: Martin Gück · Druck u. Layout: Druckerei Maulbetsch GmbH, 74939 Zuzenhausen

